

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-205. Tel.-Wächter: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

5 Pfennig

Mittwoch

22. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung Geschäftsgang 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schacher um das Brot des Volkes.

Zollwucher und noch soziale Heuchelei. — Der Wortlaut des Zollkompromisses.

Das Zollkompromiß ist perfekt. Sein Inhalt wurde heute im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags vorgelesen. Er ist noch empörender, als man gestern annehmen mußte. Nicht nur die Zölle auf Getreide, sondern auch auf andere wichtige Nahrungsmittel sollen vertraglich nach unten gebunden werden. Die Zölle auf Vieh und Fleisch werden um 50 Proz. gegenüber den Vorkriegszöllen erhöht und als Mindestzölle gebunden. Hinzu kommen gewaltige Zölle auf andere Nahrungsmittel, wie Butter. Die Preisstreberei im größten Maße wird nach dem Inkrafttreten dieser Zollgesetzgebung beginnen.

Zu jedem Kompromiß gehört Leistung und Gegenleistung zwischen den Verhandlungsgegenständen. Bei diesem Kompromiß liegen Leistung und Gegenleistung nicht auf demselben sachlichen wirtschaftspolitischen Gebiete. Die Deutschnationalen hat bisher geglaubt, daß ein Zollkompromiß zwischen Deutschnationalen und Zentrum — denn das sind die eigentlich verhandelnden Parteien — auf der Grundlage erfolgen würde, daß das Zentrum den Deutschnationalen die Mehrheit für die Zollnovelle gibt, während das Zugeständnis der Deutschnationalen in einem Zurückweichen von ihren ursprünglichen Forderungen bestehen würde.

Diese Erwartung war falsch. Das Zollkompromiß ist keine sachliche, sondern eine politische Vereinbarung. Es handelt sich um ein Schachergeschäft, das hinter dem Schacher um die Zustimmung der Deutschnationalen zum Dames-Gutachten nicht zurückbleibt. Für die Deutschnationalen muß sich alles, was sie tun, in klingender Münze lohnen, die den Geldbeutel der Interessenten füllt, deren politisch-parlamentarische Treuhänder sie sind. So war es beim Dames-Gutachten. Grundfällige Bedenken — warum sollte man die nicht beiseite schieben? Aber es muß sich lohnen. Sie verkauften ihre Befinnung im Ministerstuhle. Sie trafen in die Regierung, nachdem sie preisgegeben hatten, was sie bisher in den höchsten Tönen als ihre unerschütterliche Ueberzeugung, ihre Ehre, als den einzigen Weg zu Deutschlands Rettung gepriesen hatten. Sie haben jetzt ein neues Schachergeschäft mit dem Zolltarif eingeleitet, bei dem sie um klingende Münze von ihrer Parteideologie preisgeben, was am 29. August 1924 noch übriggeblieben war.

Sie sitzen in der Regierung und stehen vor der Frage, ob sie die Verantwortung für eine auf den Frieden Europas gerichtete deutsche Außenpolitik übernehmen sollen. Für eine Außenpolitik, die mit der bisherigen das große Ziel, die grundsätzlich friedliche Einstellung und die Methode des Verhandlungsgemeinsam hat. Die Verantwortung für diese Politik übernehmen, bedeutet für sie den Zusammenbruch der Parteiphrase, die Preisgabe dessen, was sie „nationale Opposition“ genannt haben. Vor die Frage der Verantwortung gestellt, haben sie nicht mit innerer ehrlicher Entrüstung es als Zumutung zurückgewiesen, daß sie diese Außenpolitik decken und vor den großen Gedanken der von ihnen bisher mit Hoch und Erbitterung bekämpften republikanischen Parteien kapitulieren sollten. Sie haben nicht von Ehre geredet, sie haben hinter den Kulissen um klingende Münze gehandelt. Sie pfeifen auf die Ehre, wenn es ums Geld geht.

Für die Zustimmung zum Dames-Gutachten vier Ministerstühle, für die Zustimmung zur Außenpolitik Stresemanns, zur deutschen Antwortnote ein Zollkompromiß, das zu ungeheurerlicher Preisstreberei auf Kosten der Massen des Volkes führen muß. Das Zollkompromiß ist der Preis, den die Deutschnationalen für den Verzicht auf „nationale Opposition“ erhalten. Es ist kein Zufall, daß der Abschluß des Zollkompromisses zeitlich genau mit dem Tage der Veröffentlichung der deutschen Antwortnote zusammenfällt. Es ist ein Zug-um-Zug-Geschäft. Die Leistung des Zentrums bei diesem Zug-um-Zug-Geschäft besteht im Nachgeben gegenüber den wucherischen, das Volk bedrückenden Forderungen der Deutschnationalen, die Gegenleistung der Deutschnationalen besteht in der Zustimmung zur deutschen Antwortnote und zu kommenden weiteren Verhandlungen auf der Grundlage des Angebots der deutschen Regierung. Leistung und Gegenleistung werden bei diesem Schachergeschäft pünktlich ausgezahlt. Jede Seite weiß, woran sie ist.

Die Deutschnationalen haben mit der Zahlung begonnen. Sie haben im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, als die Antwortnote der deutschen Regierung zur Diskussion stand, friedfertige Töne angeschlagen, die sich scharf abhoben von dem Bärm der Rechtsprelle gegen den Reichsaussenminister. Sie haben ihre Zustimmung zur deutschen Antwort versichert. Die Gegenleistung folgte. Das Zollkompromiß wurde perfekt. Und nun ein neuer Zug: Die deutschnationale Presse stellt den Bärm um die Stresemannsche Außenpolitik und die deutsche Antwortnote ein. Ohne Ausnahme findet die deutschnationale Presse anerkennende Töne für die deutsche Antwortnote. Nur ganz schüchtern magt sie noch grundsätzliche Bedenken zu äußern. Für die deutschnationale Vergangenheit eine höfliche Verbeugung, für die deutsche Antwortnote, für die Außenpolitik Stresemanns

die sachliche Zustimmung. Die „Deutsche Tageszeitung“ geht so weit, daß sie erklärt, daß nun den rückschauenden Betrachtungen über die vorherigen deutschen Schritte der Sicherheitsfrage der Boden entzogen sei. Unter die „nationale Opposition“ gegen das Memorandum wird ein Strich gezogen. Die Deutschnationalen und Landbündler unterwerfen sich der Führung des Reichsaussenministers. Sie treten auf den Boden der Sicherheitspolitik.

Sie kuschen. Aber sie kuschen nicht, bezwungen durch die Macht der realpolitischen Umstände. Sie kuschen, weil es ihnen gut bezahlt wird. Sie kuschen, weil ihnen der Geldbeutel gefüllt wird. Man ist versucht, ihre Phrasologie, die sie bisher überheblich dem Volke und den republikanischen Regierungen gegenüber angewandt haben, gegen sie selbst zu kehren. Der größte, brutaleste und egoistischste Materialismus hat über ihre Parteideologie triumphiert. Sie kuschen, weil sie zu freffen bekommen.

den Millionen der Armen und Kernsten durch einen lückenlosen Zolltarif, der die gesamte Lebenslage verteuert, ungezählte Summen ab, um ihnen dann in Gestalt von Rentenpfennigen, Armenfürsorge und Klosterjuppen einen Teil zurückzugeben. So versucht man den christlich gesinnten Teil der Bevölkerung darüber hinwegzutäuschen, daß hier ein hochkapitalistisches durch und durch unchristliches Gefeggebungswert verabschiedet werden soll.

Demokraten und Sozialdemokraten verlangten den sofortigen Abbruch der Sitzung, um zu dem Zollkompromiß Stellung nehmen zu können. Die Auschlußmehrheit konnte sich der Berechtigung dieses Verlangens nicht widersetzen. Die Sitzung wurde auf Donnerstag, 9 Uhr, vertagt.

Der Wortlaut des Zollkompromisses.

Es handelt sich bei dem Kompromiß um sechs Einzelanträge, die unterzeichnet sind von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Einer der Anträge ist auch von der Völkischen Arbeitsgemeinschaft unterschrieben. Die sechs Anträge bejagen folgendes:

1. Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, als § 4 folgende Vorschrift in den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen einzusetzen: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle des dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben und nach dem Zolltarif zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen.

2. Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, § 5 (fünf) des Entwurfes eines Gesetzes über Zolländerungen erhält folgende Fassung: Der Reichsminister der Finanzen bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Er wird ermächtigt, das Gesetz bezüglich der einzelnen Nummern des Zolltarifes zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft zu setzen. Das geltende Gesetz soll, mit Ausnahme der Zölle für verschiedene Tiererzeugnisse, zunächst vom 1. Oktober 1925 ab Geltung haben. Das Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Juli 1927 (neunzehnhundertsechundzwanzig) außer Kraft.

3. Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: § 3 Abs. 2 Ziff. 1 des Entwurfes eines Gesetzes über Zolländerungen wie folgt zu ändern: Die Zollsätze sollen durch vertragmäßige Abmachungen bei Rindvieh zu Schlachtzwecken nicht unter dreizehn Reichsmark, bei Schafen zu Schlachtzwecken nicht unter dreizehn Reichsmark und bei Schweinen zu Schlachtzwecken nicht unter vierzehn Mark fünfzig Pfennigen für den Doppelzentner Lebendgewicht herabgesetzt werden.

4. Antrag: Bis zum 31. März 1926 werden für folgende Waren Zollsätze erhoben: Roggen 3 M., Weizen und Spelz 3,50 M., Gerste 3 M. (Anmerkung: Gerste zur Viehfütterung 1 M.), Hafer 3 M., Buchweizen 3 M., Mais und Darr 2,50 M., Malz — mit Ausnahme des gebrannten und gemahlten — 5,50 M., Reis, unpoliert, 2,50 M., Speisebohnen 2 M., Erbsen und Linen 1,50 M., Futterbohnen, Lupinen und Biden 1,50 M.

Fleisch, ausschließlich des Schweinefleisches, und genießbare Eingeweide von Vieh (ausgenommen Federvieh), frisches Schweinefleisch 21 Mark; anderes und genießbare Eingeweide 24 Mark; Schweinefleisch 24 Mark; Schmalz und schmalzartige Fette (Schmalz von Schweinen und Gänzen, Rindschmalz, Oleomargarine und andere schmalzartige Fette) 6 Mark; Butter 22,50 Mark, Mehl, auch gebrannt oder geröstet, aus Getreide, mit Ausnahme von Hafer und aus Malz mit Ausnahme des gebrannten oder gerösteten Malzmeisels 8 Mark, aus Hafer 10 Mark, Reis, poliert, 2,50 Mark, Graupen, Grieß und Grütze: aus Getreide mit Ausnahme von Hafer, auch Reiskreis 8 Mark, aus Hafer 10 Mark; sonstige Mülleerzeugnisse 8 Mark, aus Hafer 10 Mark, Melasse frei. Margarine 20 Mark, Büchsenfleisch 40 Mark (Regierungsvorlage: 20 Mark), Büchsenmilch 40 Mark. Ferner wird für frische Kartoffeln (in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli und in der Zeit vom 1. August bis 14. Februar) bis zum 14. Februar 1926 ein ermäßigter Zollsatz von einer Viertel Reichsmark erhoben (Regierungsvorlage: für ersteren Zeitpunkt vier Mark, für letzteren 0,50 Mark).

5. Antrag: Die Reichsregierung wird ermächtigt, Getierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen, sofern die zur Abgabe verpflichteten Gemeinden das Getierfleisch zum Selbstkostenpreis oder mit einem mäßigen Aufschlage minderbemittelten Schichten zuführen und sofern ein Mißbrauch verhütet wird.

6. Antrag: Die Reichseinnahmen aus den Zöllen auf Roggen, Weizen und Spelz, Rindvieh, Schafen, Schweinen, Fleisch, Schweinefleisch und Mehl sind für Zwecke der Gewährung von Wohlfahrtsrenten an Anstalten und Vereinigungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege (Art. 137 der Reichsverfassung), die Aufwendungen an öffentlicher Wohlfahrtspflege erfüllen, sowie an Anstalten für die wissenschaftliche Förderung zu verwenden. Hierzu sind jährlich zehn Millionen Mark in den ordentlichen Haushalt einzustellen.

Freitag 5 1/2 Uhr Lustgarten

Republikanische und Fahnen der Partei sind mitzubringen!

Das Kuschen der Deutschnationalen ist kein politischer Sieg für die Deutsche Volkspartei und für das Zentrum. Sie haben den Gegner ihrer bisherigen Außenpolitik nicht durch die Macht der Idee, nicht politisch überwunden. Sie haben ihn mit klingender Münze gekauft. Der, der seine Ueberzeugung verkauft, ist einen erbärmlichen Handel eingegangen. Aber nicht minder erbärmlich ist die Haltung derer, die den Preis des Zollkompromisses für die Befinnung der Deutschnationalen bezahlt haben. Sie werfen als Entgelt in diesem Zug-um-Zug-Geschäft, das nicht weniger schmachvoll ist als der Handel vom 29. August, den Deutschnationalen die Wohlfahrt des Volkes und die Zukunft der deutschen Wirtschaft hin.

Ein erbärmlicher Handel ist abgeschlossen. Er zeigt die Deutschnationalen charakterlos und käuflich. Er zeigt das Zentrum an der Seite der Deutschnationalen, die Interessen der breiten Massen des Volkes verkaufend. Die Erbitterung des Volkes wird sich nicht nur gegen die Deutschnationalen richten, sondern auch gegen die Parteien, die auf Kosten des Volkes den Handel um Zoll- und Sicherheitspolitik eingegangen sind.

Zollwucher und soziale Heuchelei.

Der Zollauschluß vertagt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Zollausschusses verlas der Vorsitzende den umfangreichen Inhalt eines von den Deutschnationalen, der Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei eingegangenen Antrags, der das sogenannte Zollkompromiß zwischen diesen Parteien und der Reichsregierung bringt. Die Völkische Freiheitspartei hat sich nur einem Teil des Kompromisses angeschlossen.

Das Zolltarifgesetz soll nach dem Kompromiß eine Art von wirtschaftlichem Ermächtigungsgesetz darstellen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle dringender wirtschaftlicher Bedürfnisse mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages die Eingangszölle zu ändern. Der Reichsfinanzminister bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Das Gesetz soll am 31. Juli 1927 außer Kraft treten. (Gelächter und Zurufe bei den Soz.: Also wenn die Wahlen drohen!) Aus den Zollsätzen greifen wir folgende heraus:

Die Mindestzölle auf Getreide sind zum Schein sollengelassen und durch autonome Zölle, die als Verhandlungsgegenstand dienen sollen, ersetzt worden. Das scheinbare Entgegenkommen durch Befreiung der Mindestzölle bei Getreide wird aufgehoben durch die Neueinführung von Mindestzöllen bei Vieh und Fleisch.

Bei einzelnen Zollpositionen bringt das Kompromiß ungeheure Steigerungen.

So bei Büchsenfleisch von 20 auf 40 M. und für Butter wird ein Zollsatz von 40 M. für den Doppelzentner neu eingeführt. Zu dem Zollwucher tritt die soziale Heuchelei in Bestimmungen, an denen man die Ueberhaft des Zentrums erkennt. Die Einnahme aus den Nahrungsmittelzöllen sollen nämlich auf die Invalidenversicherung, auf sonstige Wohlfahrtsanstalten und auf die Kirchen verteilt werden. Man nimmt also erst

Gegen die Mietsteigerung.

Eine Warnung der Gewerkschaften in letzter Stunde.

Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Beamtenbund haben zusammen mit dem Reichsbund deutscher Mieter der Reichsregierung und dem Reichstag folgende Eingabe unterbreitet:

„Die unterzeichneten Organisationen, deren Mitglieder mit ihren Familienangehörigen die Hälfte des deutschen Volkes repräsentieren, warnen den Reichstag und die Reichsregierung in letzter Stunde eindringlich vor der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung. Sie sind noch wie vor der Auffassung, daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß und daß aus dem Wohnungswesen nur Mittel für den Wohnungsbau, für die Erhaltung der Altwohnungen und für Mietbeihilfen für zahlungsunfähige und zahlungsunfähige Mieter herausgezogen werden dürfen.

Einer Steigerung der Hausrenten müßten die unterzeichneten Organisationen entschieden widertreten, weil die zu einem solchen Zweck eintretende Steigerung der Miete die Kaufkraft mindert, weite Kreise der Bevölkerung in immer größere Not hineinführt und die deutsche Wirtschaft unproduktiv belastet würde. Jede weitere Mietsteigerung führt zu weiteren Preissteigerungen, sowie zu Wirtschaftskrisen und Lohnkämpfen und damit zur Minderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die unbedingt erforderliche energische Steigerung der Neubautätigkeit kann bei der herrschenden Kapitalknappheit nur auf dem Wege der Bereitstellung hinreichender Mittel aus der Hauszinssteuer herbeigeführt werden. Dieser Weg wird um so klarer zum Ziele führen, je weniger das Wohnungswesen zu allgemeinen fiskalischen Zwecken belastet wird.“

Schließlich fordern die genannten Organisationen, daß der Wertanteil am Haus- und Grundbesitz, der durch den Wegfall des größten Teils der Hypothekendarlehen frei geworden ist, im Wege der Belastung der Grundstücke mit Staatshypotheken für die Allgemeinheit sichergestellt wird.

Preußen und die Amnestie.

Die „Rote Fahne“ polemisiert heute morgen gegen die Haltung der preußischen Vertreter im Reichsrat bei der Abstimmung über die Amnestievorlage. Hätten sich die preußischen Vertreter im Reichsrat nach den Wünschen der Kommunisten verhalten, so wäre die Amnestievorlage im Reichsrat verschleppt worden oder zu Fall gekommen. In absehbarer Zeit wäre dann eine Amnestie überhaupt nicht zustande gekommen.

Nachdem der Reichsrat die Amnestievorlage angenommen hat — in völlig unzulänglicher und einseitiger Form — ist jetzt wenigstens der Weg frei, diese Vorlage im Reichstag durchzubringen und den Versuch zu ihrer Verbesserung zu unternehmen.

Das lag in der Absicht der preußischen Vertreter im Reichsrat, und es entspricht dem Interesse der politischen Gefangenen, die auf die Amnestie warten.

Die Umsatzsteuer.

In der heutigen Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages gelang es mehrfach, den Rechtsparteien nachzuweisen, daß sie sich in ihrer Haltung nicht von sachlichen, sondern rein agitatorischen Gründen leiten lassen. Während sie bisher stets die Umsatzsteuerpflicht der Handelsagenten auf das Schärfste bekämpft hatten, treten sie jetzt für die Erhaltung dieses Unrechts ein. Ein demokratischer Antrag, die Steuerpflicht der Handelsagenten aufzuheben, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten, Demokraten und Volkslichen abgelehnt. Ein Antrag der Rechtsparteien, die Handelsagenten freizulassen, sofern die Bücherführung und der Steuerpflichtige Umsatz im Kalenderdritteljahr 1500 Mark nicht übersteigen, fand Annahme. Es wurde jedoch abge-

lehnt, die Gleichbegünstigung allen Angehörigen der freien Berufe zu gewähren.

Die Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer ist bisher stets von den Agrariern verlangt worden. Im Vollauschuß hat man die Notwendigkeit der Bülle wie der steuerlichen Überlastung der Landwirtschaft durch die Umsatzsteuer zu rechtfertigen gesucht. Trotzdem ist der sozialdemokratische Antrag auf gänzliche oder teilweise Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt worden. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag angeklagt, der die Umsatzsteuerpflicht für Gas- und Elektrizität neu einführen will.

Auch in der sogenannten Luxussteuer hat sich die Stellung der Rechtsparteien vollkommen geändert. Dem Reichstag liegen Anträge der Rechtsparteien vor, die Luxussteuer aufzuheben. Ihr rein agitatorischer Charakter ist aus der Tatsache erkennbar, daß die Rechtsparteien trotzdem einen demokratischen Antrag auf Befreiung der Luxussteuer ablehnten. Die Sozialdemokratie stimmte für den demokratischen Antrag, da die Regierung ihr keinerlei Sicherheit dafür gab, daß die Schädigungen der Qualitätsarbeiter durch die heutige Form der Luxussteuer beseitigt würden.

Räumung Mülheims.

Ab 1. August.

Mülheim (Ruhr), 22. Juli. (TL) Die Befehlshaberbehörde hat dem Oberbürgermeister von Mülheim mitgeteilt, daß der seit dem 11. Januar 1923 befehlt Teil von Mülheim mit Wirkung vom 1. August ab geräumt ist. Ueber die Räumung des schon vor dem 11. Januar 1923 befehlt, zum Brückenkopf Duisburg gehörigen Stadtteiles ist eine Mitteilung noch nicht ergangen.

Vorbereitung der französischen Antwort.

Paris, 22. Juli. (WIB.) Die „Journal“ berichtet, hat der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, bereits eine Note ausgearbeitet, die angesichts der deutschen Note zur Sicherheitsfrage den assoziierten Regierungen zugeandt werden soll. Diese Note soll die Punkte präzisieren, in denen es unmöglich sei, den Standpunkt Deutschlands anzunehmen.

Amerika bleibt fern.

New York, 22. Juli. (TL) In Washingtoner politischen Kreisen erklärt man zu einer Berliner Meldung, nach der man in amtlichen deutschen Kreisen mit einer amerikanischen Vermittlung bei den Sicherheitsverhandlungen rechnet, daß Amerika nach wie vor fest entschlossen sei, sich nicht wieder in europäische Angelegenheiten verwickeln zu lassen. Amerika lehne es grundsätzlich ab, irgendwelche als Vermittler zwischen den europäischen Staaten aufzutreten. Amerika wüßte allerdings, daß der Sicherheitspakt zustande komme und daß damit friedliche Verhältnisse in Europa geschaffen würden, und hofft, daß die Sicherheitsverhandlungen auch ohne Amerikas Hilfe zu einem guten Abschluß gelangen.

Kritik der Pariser Presse.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die meisten Blätter wenden sich gegen die Reserven Deutschlands bezüglich des Eintritts in den Völkerbund und weisen darauf hin, daß der Standpunkt Frankreichs und der Allierten in diesem Punkte unbeeugsam sei.

Im allgemeinen sagt die Presse: Die Note sei unklar, große Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich beständen noch, es bestehe aber die Hoffnung, daß man durch künftige Verhandlungen zu einem Ergebnis gelangen werde. Die Verhandlungen dürften sehr langsam vor sich gehen und überaus schwierig sein.

„Matin“ bezeichnet die Note als einen Versuch Stresemanns, das Fundament des Versailler Vertrages zu revidieren. Der Ton der Note sei wohl freundlich, der Inhalt aber durchaus unbefriedigend. „Deux“ ist wenig befriedigt, hält aber weitere Verhandlung für möglich.

„Petit Parisien“: der Roteninhalt sei keineswegs dazu angetan, den Optimismus zu stärken, doch gebe er Hoffnung auf Weiterführung der Verhandlungen.

„Quotidien“ wendet sich gegen die Forderung Deutschlands, nur unter gewissen Bedingungen in den Völkerbund einzutreten. Die Note sei unklar, Verhandlungen müßten Klärung bringen.

Die Kampfplage in Marokko.

Bewegung in der spanischen Zone.

Paris, 22. Juli. (WIB.) Nach einer vom „Temps“ wiedergegebenen Meldung aus Rabat vom 20. Juli werden an dem westlichen Frontabschnitt zahlreiche feindliche Truppen zusammengezogen in der spanischen Zone gemeldet. Das ist vielleicht ein Anzeichen für die Wiederaufnahme des Angriffs gegen Uezjan oder für eine Offensivvorbereitung gegen die spanische Zone von Marrakech. Im Osten dieses Frontabschnitts ist eine mobile Truppe, welche sich auf die kleinen Posten nördlich von Jeraul zurückgezogen hat, unbehelligt in ihr Lager zurückgezogen.

Nach einer vom „Antrassigeani“ verbreiteten Nachricht aus Rabat will Abd el Krim sich vorläufig in der Defensive halten. Er setzte sich auf einer Anhöhe fest, wo man ihn schwer beunruhigen kann und hat anscheinend die Absicht, von dieser Position aus große Streifzüge zu unternehmen, die die französischen Verbindungslinien stören sollen. Während der letzten 48 Stunden meldet der Flugaufklärungsdiens im Norden eine Bewegung von regulären Truppen, die sich an den Zugangswegen der Straße von Fez zusammengezogen hätten.

Die „Havas“ aus Fez berichtet, ist eine der französischen mobilen Abteilungen gestern auf Ain Mcha und Ain Raafus vorgezogen und hat beide Ortschaften nach glücklich verlaufenen Kämpfen erreicht. Die angegriffenen feindlichen Truppen haben sich zum Teil nach Norden unter Mitführung ihrer Toten und Verwundeten zurückgezogen.

Spanische Reservisteneinberufungen.

Paris, 22. Juli. (WIB.) Nach einer Madrider Meldung der „Chicago Tribune“ hat das Direktorium drei Jahresklassen Reservisten wegen des Riffeldzuges unter die Fahnen gerufen. Diese Maßnahme hat im ganzen Lande große Unzufriedenheit hervorgerufen.

Das Friedensangebot an Abd el Krim.

Paris, 22. Juli. (WIB.) Nach einer vom „Matin“ wiedergegebenen Meldung ist Abd el Krim das angeforderte Schreiben überreicht worden, in dem er gefragt wird, ob er zu Verhandlungen bereit sei. Wenn seine Antwort, so sagt das Blatt, befriedigend ausfalle, dürften die französische und die spanische Regierung eine Delegation bilden, die sich zu Abd el Krim begeben würde, um ihm die von den beiden Regierungen festgelegten Friedensbedingungen mitzuteilen. „New York Herald“ zufolge erwartet man in französischen autorisierten Kreisen den Beginn von Verhandlungen und einen günstigen Abschluß.

London, 22. Juli. (TL) „Times“ berichten aus Tanger, daß in der spanischen Zone in der Nähe von Fondat heftige Kämpfe stattgefunden haben. Die Dubalas griffen die spanischen Stellungen an, wurden aber zurückgeschlagen. Die Spanier machten einen Gegenangriff und verbrannten verschiedene Dörfer.

Der „Politische Almanach für 1923, der im Verlag R. F. Köhler, herausgegeben von Maximilian Müller-Sabusch, soeben erschienen ist, bedeutet... weiteren, erheblichen Fortschritt gegenüber dem im Vorjahre erschienenen gleichnamigen Werk. Es handelt sich um ein regelrechtes kleines Konversationslexikon, das alle Gebiete der Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Statistik usw. in zusammengefaßter und übersichtlicher Form umfaßt. Auch das Ausland wird darin durchaus ausreichend berücksichtigt. Für politische und wirtschaftliche Organisationen zentraler und lokaler Art ist dieses Jahrbuch in buchstäblichem Sinne des Wortes ebenso unentbehrlich wie für Zeitungsredaktionen und einzelne Politiker und Volkswirtschaftler. Auch die Zahl der Druckfehler ist sehr gering, was bei einem solchen Werte an sich schon eine erfreuliche Leistung ist.

Der Internationale Demokratische Friedensauschuß hält vom 10. bis 15. September in Luxemburg eine Tagung ab.

Jahrtausend-Kater.

Von Wilhelm von Koellen.

Geriffene Oberbürgermeister und geschäftstüchtige Gastwirte haben am Rhein etliche Kellermöwen veranlaßt, denen man als Idee die tausendjährige Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich zugrundelegte. Nach den allerneuesten Forschungen, die freilich aus der rheinischen Stadt des Karnevals stammen, sind allerdings entscheidende Verträge erst im Jahre 926 abgeschlossen worden; eigentlich ein Anlaß, den Jahrtausendjubiläum im kommenden Jahre zu wiederholen. An der finanziellen Unterstützung, durch Reich und Staat, an dem Herbeiströmen der Völkerscharen, soviel man ihnen süß und Braten, Altör und 1921er verspricht, ist nicht zu zweifeln. Man muß doch etwas für die Rot der befestigten Gebiete und die seelische Anfrischung ihrer unter allen möglichen weißen und schwarzen Schwärmern leidenden Bevölkerung tun.

Daß auch ein monatelanges Festessen und Festtrinken einmal zu Ende gehen muß, ist klar. Wenn schon eine Reihe von guten Tagen schwer zu ertragen ist, wie sehr müssen die rheinischen Spitzen der Behörden erst unter den Monaten voll festlichen Tagen gelitten haben. Man wird ihnen gönnen, daß sie sich nun an der See oder im Gebirge von den Jahrtausendfeiern ausruhen. Die Jahrtausendfeier also ist am Ende. Verbalte sind die rednerischen Schwärze. Verbrochen sind die Girlanden, zahllose Kränze sind in der Reinigung.

Nur eines fällt dem guten Republikaner auf: Abgegeben wurde nicht vor dem Geburtstag der Republik, dem 11. August. Jahrtausendfeier? Ja! Verfassungsfeier? Nein! Der 11. August wird am Rhein als ein toter Tag vorübergehen. Alle die Städte und Städtchen, die mit vollen Händen für die Anbetung eines verunkelten Kaiserlichen Jahrtausend die Tausende, die Hunderttausende, die Millionen freudig spendeten, haben für den Verfassungstag keinen Pfennig übrig. Es gibt Gemeinden, die gerade jetzt die Anschaffung einer Reichsfahne für das Rathaus verweigerten. Und die großen Feststädte? Koblenz, Köln, Düsseldorf, Duisburg. Was werden sie tun am republikanischen 11. August? Es ist noch nicht einmal sicher, ob es überall auch nur zu einem kümmerlichen offiziellen Festakt reicht. Von einer amtlichen Volksfeier für die Republik nirgendwo eine Spur! Die Fahnen bleiben eingetrocknet. Aber wartet, bis die Befehlshaber abziehen wird aus Duisburg, Düsseldorf und Köln, und die Banner werden tauschen, nämlich die schwarzweißen, die sich einstweilen vor der Befehlshaber verstecken. Das Rheinland könnte in schwarzrotgoldenen Fahnen schwimmen, wenn wir Republikaner die Verbindung der Jahrtausendfeier mit dem Verfassungstag und die Bewilligung von Summen für schwarzrotgoldene Fahnen erzwingen hätten.

In Köln beteiligt sich nicht einmal das Zentrum, das am lautesten die Jahrtausendfeier bejubelte, an einer gemeinsamen Verfassungsfeier. Es bleibt der Sozialdemokratie allein überlassen, den fremden Truppen zu zeigen, daß auch Republikaner am Rhein wohnen. Sängerkreise bis zum Ueberdruß, aber um Himmelswillen kein Aufmarsch für die Republik!

Wir sind stolz darauf, daß für die einzige Lat dieses Jahrtausendjahres, die historische Ausstellung in Köln, ein Sozialdemokrat verantwortlich zeichnet: Genosse Meerfeld. Er war es auch, der an Fritz von Unruh sich um ein Beispiel wandte, und der Dichter schuf seinen „Heinrich aus Andernach“. In zehn Teilen dieses Werks ist mehr deutscher Geist als in allen Jahrtausendreden und Jahrtausendaufsätzen zusammen. Also wird es wohl allermühsam im Rheinlande fleißig gelesen und aufgeführt? Mitnichten, gute Freunde, denn es ist ja nicht sentimental-patriotischer Kitzel, sondern die Kraft einer tiefen Liebe zu Volk und Menschheit und ihrem Frieden. Einmal hat man in Köln den „Heinrich aus Andernach“ erlebt. Als er ein zweites Mal — vor Schülern — gespielt wurde, mußte eine mutige Jüngerin Unruhs das Stadttheater mieten, damit das Werk als eine private Veranstaltung und nicht etwa als eine städtische über die Bühne gehe. Das Oberbürgermeisteramt aber rückte öffentlich von dieser Aufführung ab und gab einen für die deutschen nationalen Bananen bestimmten Entschuldigungszeitel in die Presse.

Just am oder um den 11. August wird man in Köln auch die Jahrtausend-Ausstellung abbrechen, damit der republikanische Tag einen werdenden Trümmerhaufen sehe. O, man erlaubt sich etliches gegen die Republik und die Republikaner, selbst am Rhein, wo wahrlich ein anderer Geist herrscht als an Elbe und Spree. Indes ist die Sache diesmal nicht so tragisch, weil es sich in diesen lärmenden Monaten nur um die Reklame der Oberbürgermeister und Gastwirte handelte, und schließlich ist es nur recht, daß die als Staffage benutzten Minister etwas für den rheinischen Fremdenverkehr tun. Bei künftigen ernstlichen Veranstaltungen aber sollte die Republik verlangen, daß sie zuerst geehrt werde und dann vielleicht erst die verbliebenen Pergamente und die vermoderten Rollen.

Auf Louis Corinth's Tod.

(Gesprochen bei Corinth's Totenfeier.)

Dem Häufchen Asche, das zur Gruft wir bringen,
Dem toten Meister gelten unsere Klagen.
Ach, auf das schwarze Heer von bangen Fragen
Will keine Antwort aus dem Dunkel dringen!

Doch aus der Asche plötzlich Funken springen,
Und neue Blut beginnt hervorzuschlagen,
Und neues Leuchten in die Nacht zu tragen:
Ein Phönix steigt empor mit gold'nen Schwingen.

An seinem Flug entbrennen neue Flammen,
Und neue Feuer lodern hell zusammen,
Und Blut wird fort und fort an Blut geboren.

Rur was durch Grabesnacht der Welt verloren,
Ist einer Nachwelt dauernd erst gegeben.
Das Lebende geht durch den Tod zum Leben.

Philipp Frank.

„Erlebnis“ ohne Erlebnis.

Es ist über eine neue Rundfunkunde zu berichten. Diesmal ist sie nicht politischer Natur, diesmal handelt es sich nicht um einen nationalpolitischen Geschichtsdozenten, auch nicht um einen Kriminalkommissar, der Seltsames von Bulgarien zu erzählen und noch Seltsameres darüber zu „bedauern“ weiß, diesmal handelt es sich um einen geschäftlichen Dichter, nur um einen Dichter, Alfred Beierle las gestern abend Stephan Zweigs göttlich schöne Novelle „Erstes Erlebnis“. Das ist die Tragödie von der Liebe eines zarten Knaben, eines Wachsenden, eines werdenden, das ist die Geschichte eines kindlichen schlichten Sehns, das ist mit das Feinsinnigste, das Höchste, was je über junge Menschen ein Dichter schrieb. Es ist gleichsam, als hätte Stephan Zweig in das Auge eines Kindes geschaut und in ihm den heiligen Gral erblickt. Alfred Beierle, der Mittler, war kein Gralshüter, sondern, er nehme den dicken Bergsteig nicht übel, ein Rastportier. Wenn man schon so etwas für den Rundfunk sich ausucht, obwohl sich das nur vom rein künstlerisch-liberalen, nicht aber vom Radio-Standpunkt aus rechtfertigen läßt, dann darf man nicht so schreiben, so postern, so überreiben, dann darf man nicht so vergrößern und aus Ugrit Ballade machen; vor allem aber darf man nicht so hart, so unumstößlich sprechen, denn in jeder großen Dichtung ist Musik verborgen, und Zweigs Kindertrilogie ist fast eine Sinfonie.

Es handelt sich hier nicht um Herrn Beierle, sondern um die Sache. Um die Sache nämlich, daß die Funfstunde, wenn sie Schauspielerei lesen läßt, die Schauspieler doch nach Eignung auswählen möge. Vielleicht liegt Herrn Beierle anderes bevor.

Gestern abend wurde man nur getroffen durch Ferry Roth und Theophil Dimitriescu, die eine Sonate von Grieg für Violine und Klavier sehr schön spielten und durch Dorothee Wankly von der Berliner Staatsoper, die Lieder von Strauss und Brahms zu Gehör brachte. Daraufhin, völlig unmotiviert, am Flügel das Deutschlandlied intoniert wurde. Alzu reger Gebrauch sonantiert jede Sache. Hoffmann v. Fallersleben sollte sich schon lange von der Funfstunde eine Abfindungsgebühr zahlen lassen, und die deutsche Republik, wenn wir eine hätten, sollte gegen den Mißbrauch ihrer Nationalhymne protestieren.

Verurteilung im Affenprozeß. Der Advokat des Professors Scapozza hat beschlossen, gegen die Verurteilung seines Klienten Berufung einzulegen. Man nimmt an, daß der Affenprozeß im Monat September vor den Obersten Gerichtshof in Washington kommen wird.

Vollstbühne. Am Donnerstag, den 23. Juli, findet in der Vollstbühne, Theater am Ballplatz, in der Inszenierung von Paul Henckels die 26. Aufführung von „Die deutschen Reichskämmerer“, neu bearbeitet von Philipp Wenzig, in der Premierebesetzung statt.

Wettbewerb für das erste Hochhaus in Sachlen. Die Bäckische Stiftung in Dresden hat unter den deutschen Architekten einen Ideenwettbewerb zur Errichtung eines großen Gebäudes ausgeschrieben. Es handelt sich dabei einmal um den Neubau für den „Dresdner Anzeiger“, Johann aber um ein großes Wohnhaus, das das erste Hochhaus Sachlens werden soll. Für den Wettbewerb sind 5 Preise von 12 000, 9 000, 6 000, 4 500 und 3 000 Mark angesetzt; außerdem sollen 6 weitere Entwürfe zu je 2 000 Mark angestraft werden.

China an die Weltvölker.

Aufruf der Kantonegierung.

Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Huhannin richtet im Namen der Kantonegierung an die Sozialdemokratische Partei und den Internationalen Gewerkschaftsbund einen telegraphisch übermittelten Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

China ist die Tatsache zum Bewußtsein gekommen, daß es kein unabhängiger Staat wie Japan, Rußland, Frankreich oder die Vereinigten Staaten, ja, daß es nicht einmal wie Indien oder Korea eine Kolonie ist, die von einem Staate beherrscht wird. In China herrschen alle die Staaten, die das Völkervertrag unterzeichneten. Der Niedergang Chinas begann mit dem Opiumkrieg; die Mächte legten unserem Lande eine Reihe von Verträgen auf, die unsern wirtschaftlichen und politischen Fortschritt im Wege stehen.

Jetzt haben die fremden Mächte den Schlüssel zu allen Toren Chinas in der Hand; sie machen es unmöglich, die Ein- und Ausfuhr zu regeln und den Zolltarif selbst zu gestalten. Was würdet Ihr von Eurem Land denken, wenn Eure Bevölkerung ohne die Erlaubnis von Ausländern ihr Heimland nicht verlassen darf? Die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des neuzeitlichen Verkehrs beruht hauptsächlich auf den Seehäfen. Aber diese Seehäfen sind in den Händen fremder Mächte. Schanghai ist die Hauptverkehrsader für unseren Handel, aber es wird wie ein Staat im Staate nicht nach den Gesetzen Chinas, sondern nach den Gesetzen fremder Mächte verwaltet. Die wichtigsten Industrien dieses fremden Staates auf unserem Gebiete zählen dem chinesischen Volke keine Abgaben. Die Gerichtshöfe sind von Fremden besetzt und werden von ihnen in ihrem eigenen Interesse ausgenutzt. Unser Volk arbeitet, um Reichtümer nicht für China, sondern für die fremden Kapitalisten aufzubauen. Aber bei der leichtesten Regung gegen dieses System wird auf die Bevölkerung kalten Blutes geschossen. Wir können keinen Schritt zu unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung tun, ohne fürchten zu müssen, daß wir mit der fremden Rechtsgewalt in Konflikt kommen.

Hunderttausende von billigen Arbeitskräften werden aus den mächtigen Reservaten unserer Agrarbevölkerung in die Schiffe und Fabriken der Fremden getrieben, wo sie schuflos wie Sklaven in mittelalterlicher Art ausgebeutet werden. In denselben Konzessionen werden die Reichtümer, die durch die unheimliche Ausbeutung unserer Bevölkerung verdient werden, auf die sogenannte Erziehung unserer Jugend, in Wirklichkeit aber zu ihrer Verderbnis, verwandt, damit sie besser ausbeuten kann, was auch immer für menschenfreundliche Namen diese Jugendpflege tragen mag. So wird ein Teil unserer Bevölkerung zu Werkzeugen der Unterdrückung erniedrigt.

In den Konzessionen, in der Exterritorialität, in der fremden Gerichtsbarkeit liegt der Schlüssel zu unseren inneren Unruhen. Die Militärs, die das Land immer wieder in Zwistigkeiten und Bürgerkrieg stürzen, haben ihre Wurzeln in diesen Konzessionen. Aus ihnen wurden sie unterstützt. All diese Verschwörungen gegen unsere Freiheit und gegen unsere Volksbewegungen werden hier ausgeheckt; immer steckt eine der imperialistischen Mächte hinter solchen Verschwörungen. Der Niedergang des einen militärischen Führers und das Emporstreigen eines anderen bedeutete immer die Schwächung des Einflusses der einen imperialistischen Macht und die Stärkung des Einflusses einer anderen. Deshalb kämpfte die nationalgeistliche Bevölkerung gegen Rußland. Aber auch Changhsin, der in fast ganz Nord- und Zentralchina zur Macht kam, erlangte seine Position nur durch die Unterstützung einer Gruppe von Imperialisten. Jetzt hört er mehr auf die Befehle seiner fremden Herrn als auf die Wünsche seines eigenen Volkes. Wie alle seine Vorgänger wird auch seine Macht zerstört werden und so wird es ohne Aussehen weitergehen. Für die klarsichtige Bevölkerung unseres Landes liegt die Wurzel dieses Durcheinander in dem ungleichen internationalen Status Chinas. So lange die ungleichen Verträge vorhanden sind, wird China nicht imstande sein, sein Haus in Ordnung zu halten. Wir verlangen daher Gleichheit mit den anderen Völkern. Unser Volk verlangt nichts, was es nicht jedem anderen Volke zugesprochen würde: Gleichheit in internationalen Beziehungen, Unabhängigkeit in der Ausübung des Rechtes der Selbständigkeit, Abschaffung der extraterritorialen Rechte, der Fremdengerichtsbarkeit und der einseitigen ökonomischen Vorrechte, Umwandlung der Konzessionen im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, Beseitigung der ungleichen Verträge. Ist erst der Militarismus auf diese Weise aller auswärtigen Unterstützung beraubt, so wird er zusammenbrechen und eine wirkliche Demokratie kann entstehen. Dann wird eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen China und den anderen Völkern im Interesse aller Völker möglich sein.

China erhebt sich, weil es das Unrecht und die Ungerechtigkeit tief empfindet, denen es von der Hand gewissenloser Ausbeuter ausgeht. China ist nicht imstande, dies Unrecht und diese Unbill länger zu dulden. China ist gewiß, daß Ihr Eurem Regierungen ihre grausame Politik nicht länger gestatten werdet, wenn Euch die wirtschaftlichen Tatsachen bekannt sind.

All das Leid der letzten Jahre kann uns nur anspornen, um uns von dem Imperialismus durch Mittel zu befreien, die auch die Weltvölker von uns nicht voraussehen können.

Völker der Welt, wir rufen Euch auf zur Gerechtigkeit. Helft uns, das Unrecht zu beseitigen, das in den ungleichen Verträgen besteht.

Japan — Amerika — England einig.

Tokio, 22. Juli. (W.B.) Auf den amerikanischen Vorschlag für eine Konferenz zur Regelung der chinesischen Zollfrage und für die Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Abschaffung der extraterritorialen Rechte in China hat die Japanische Regierung in zustimmendem Sinne geantwortet. Im japanischen Auswärtigen Amt wurde erklärt, daß Japan, Amerika und England sich bezüglich ihrer Haltung gegenüber China in vollkommener Übereinstimmung befinden.

Boykott englischer und japanischer Waren.

Schanghai, 21. Juni. (W.B.) Die chinesische Handelskammer nahm eine Entschlossenung an, nach der britische und japanische Waren, die sich im Besitz von Chinesen befinden, konfisziert und solche Kaufleute, die sich nicht an den Boykott gegen England und Japan der am 30. Juni begann und ein ganzes Jahr dauern soll, beteiligen, mit Geldstrafen belegt werden sollen.

Die englische Kabinettskrise. Der innerhalb der Regierung geführte Kampf um das Kreuzerprogramm ist noch nicht beendet. Das Schahamt und die Admiralsität halten starr an ihren Standpunkten fest. Der Rücktritt des Finanzministers Churchill oder des Admirals Bridgeman erscheint nicht ausgeschlossen.

Die holländische Regierungskrise ist noch nicht beendet. Der mit der Kabinettsbildung betraute Minister Colijns hat die drei Rechtsparzellen noch nicht auf ein Programm geeinigt.

Neue Wassernot in Berlin.

Die anhaltende Hitze hat wiederum in den Ortsteilen Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln, Steglitz und Tempelhof zu neuen und erheblichen Schwierigkeiten der Wasserversorgung geführt. Die Erregung in der Bevölkerung ist sehr groß. Die allenthalben gedauerten Befürchtungen scheinen um so berechtigter, als mit einem Abklingen der tropischen Hitze in den nächsten Tagen noch nicht gerechnet werden kann. Als vor etwa sechs Wochen auf Grund des energischen Eingreifens des Berliner Polizeipräsidenten Arbeiten zur Abstellung solcher Katastrophen eingeleitet wurden, durfte man annehmen, daß die verantwortlichen Stellen alles tun würden, um die Wasserversorgung der Großstadt in allen ihren Teilen sicherzustellen. Es wurde erklärt, daß die dazu notwendigen Neubauten in vier bis sechs Wochen beendet sein würden. Es scheint, daß das nicht eingetroffen ist. Die Berliner Städtischen Wasserwerke teilen mit, daß jetzt noch (oder jetzt erst) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werde, die Wassernot herabzumildern, vielleicht auch ganz auszuheben. In diesen Tagen arbeiten sämtliche Maschinen mit Hochdruck und jedes Verlangen kann zu schmerzlichen Folgen führen. Ein solches Verlangen wird aus der Pumpstation Beelitzhof gemeldet, wo am Dienstag eine längere Störung eintrat, die erst nach harter Tätigkeit im Laufe des Tages beseitigt werden konnte. Man hofft, die neuen Brunnenanlagen auf dem Tempelhofer Felde noch im Laufe des heutigen Mittwochs für die Charlottenburger Wasserwerke nutzbar machen zu können. Außerdem geben die Berliner Städtischen Wasserwerke schon seit Tagen Wasser in kleineren Mengen an das Charlottenburger Netz ab. Es wird ferner gemeldet, daß der Wasserpegel vieler Seen infolge der ausbleibenden Niederschläge in Verbindung mit der großen Hitze ganz erheblich gefallen sind, so daß auch hier, selbst bei bester technischer Vorbereitung der Wasserversorgung, infolge der abnormen Hitze Schwierigkeiten für ganz Groß-Berlin eintreten können. In der heutigen Morgenausgabe weisen wir darauf hin, daß jeder Einwohner die Verpflegung habe, sparsam mit dem jetzt kostbar werdenden Wasser umzugehen. Wir können diese Mahnung jetzt nur eindringlich wiederholen.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Im Berliner Polizeipräsidentium beschäftigt man sich eingehend mit dieser Wasserfrage. Die Pressestelle des Polizeipräsidenten erläßt dazu folgende Bekanntmachung:

In der Presse wird wiederum lebhaft Klage über unzureichende Wasserversorgung der Stadtgebiete geführt, die auf die Versorgung durch die Charlottenburger Wasserwerke angewiesen sind. Dabei wird die Frage aufgeworfen, wie es möglich sei, daß die Charlottenburger Wasserwerke die vergangenen Wochen nicht dazu benutzt hätten, um eine Wiederkehr der Wassernot unmöglich zu machen. Dazu teilt das Polizeipräsidentium mit, daß seinerzeit den Charlottenburger Wasserwerken vom Polizeipräsidentium die Aufgabe gemacht worden ist, sofort eine größere Zahl von Tiefbrunnen anzulegen und zwar sowohl in Johannisthal als auch in Beelitzhof. Das ist auch geschehen und außerdem sind Reservierbrunnen in Tiefwerder in den Betrieb eingestellt worden. Selbstverständlich wird das Polizeipräsidentium weiter darauf dringen, daß in den Charlottenburger Wasserwerken eine durchgreifende Änderung vorgenommen wird. Durch die genannten Maßnahmen ist die Leistungsfähigkeit der Charlottenburger Wasserwerke erheblich gesteigert worden. So wurden beispielsweise am 20. d. M. bei einer Versorgungsziffer von ungefähr 1 Million Menschen 220 000 Kubikmeter Wasser gefördert, d. h. pro Kopf der Bevölkerung ungefähr 200 Liter. Diese Ziffer bedeutet ein Maß, das nur bei ganz wenigen deutschen Wasserwerken als Höchstverbrauchsziffer für die ungünstigsten Fälle zugrunde gelegt wird. Im allgemeinen legt man für die heiße Jahreszeit eine Ziffer von 140 bis 160 Liter pro Kopf der Bevölkerung und pro Tag zugrunde. Daß die 200 Liter pro Kopf und pro Tag nicht ausgereicht haben, ist aus dem übermäßigen Wasserverbrauch, besonders für die Bewässerung von Grünflächen und Kleingärten zurückzuführen. Außerdem ist gestern in den Charlottenburger Wasserwerken eine Betriebsstörung aufgetreten, die jedoch bereits nach wenigen Stunden wieder behoben werden konnte. An die Bevölkerung aber muß die dringende Mahnung gerichtet werden, im Wasserverbrauch, besonders bei der Sprengung von Grünflächen und Kleingärten, eine gewisse Sparsamkeit zu beobachten und vor allen Dingen nicht ohne Not Wasser in größeren Mengen zu hämstern, da eine wirkliche Wassernot nicht zu befürchten ist. Wo trotzdem, wie es in den jetzt überaus heißen Tagen leicht der Fall sein kann, einmal Schwierigkeiten auftreten, sollte die Bevölkerung sich selbst durch einen Wasseraustausch innerhalb des Hauses gegenseitig über die augenblickliche Kalamität hinweghelfen.

Die Charlottenburger Wasserwerke.

Die Klagen über die mangelhafte Wasserversorgung derjenigen Stadtteile, die von den Charlottenburger Wasserwerken beliefert werden, können nicht verstummen. Die Stadt Berlin hat sich mit großem Eifer der Vereinheitlichung der Gas- und Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins angenommen, sie ist bemüht, in den Berliner Verkehr eine einheitliche Linie zu bringen. Aus diesen Bestrebungen rühren ja bekanntlich die Konflikte mit der Verwaltung der Ber-

Der Schäferhund.

Von einem Hunde wurde gestern nachmittag ein kleines Kind in der Grefenstraße 29 totgebissen. Hier hatte eine Frau Soldi, die selbst einen einjährigen Sohn besitzt, vorgestern ein vier Wochen altes Kind Elli Bumenthal von der Fürsorgestelle in Pflege genommen. Als die Frau gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr auf einen Augenblick ausging, um ein Brot zu holen, legte sie das Kind in einem Zimmer auf das Schloß. In der Küche lag ihr Schäferhund, ein älteres, sehr scharfes Tier. Der Sohn war nicht zu Hause. Bei der Rückkehr nach ganz kurzer Zeit fand die Frau das kleine Kind tot wieder. Der Hund hatte es in den Rücken und in den Kopf gebissen und so schwer verletzt, daß es gleich gestorben war. Das Tier, das wahrscheinlich auf Schreien des Kindes die Verbindungstür zwischen Küche und Zimmer selbst geöffnet hatte, lag wieder in der Küche. Ein Tierarzt, der sofort zugezogen wurde, konnte an ihm keinerlei Anzeichen von Tollwut entdecken. Es heulte und war auf keine Weise, weder durch Lockungen oder durch Drohungen oder Schläge zu bewegen, wieder in das Zimmer hineinzugehen. Der wolfsgraue Schäferhund ist etwa vier bis fünf Jahre alt. Die Leute bekamen ihn, als er zwei Jahre alt war. Er wird auf Tollwut beim Tierarzt untersucht, weil man sich plötzlich mit dem Kinde statt mit ihm beschäftigte.

Die tosenden Auslandsbriefe. Der 20 Jahre alte M. war Postbote, nachdem er einst in der Fürsorge gewesen war. Eines Tages wurden in einem Kofett eines Hauses in seinem Bestellbezirk geöffnete Briefe von einem Hausbewohner gefunden, der sie der Polizei übergab. M. war auch geständig, daß er Auslandsbriefe geöffnet habe, um sie auf deren Inhalt zu durchsuchen. In einem Briefe hatte er einen Schein über 50 Dollar gefunden. Das Strafgericht Mitte verurteilte M. zu sechs Monaten Gefängnis.

Jungen geschloß! Personen, die gesehen haben, wie ein junger Mann in Reichshammerabzeichen, am Mittwoch, den 1. Juli abends 8 Uhr, in der Pragerstraße in Reinick, in der Nähe der Wallage, von 5 oder 6 Personen angefallen und geschlagen wurde, wollen ihre Namen und Adressen umgehend an die Redaktion des „Vorwärts“ einreichen.

liner Hochbahn her, über die wir in unserem Blatte verschiedentlich Bericht erstattet haben. Nur eins fehlt noch — und das ist, daß die Stadt Berlin der einheitlichen Wasserversorgung Groß-Berlins die notwendige Fürsorge widmet. Der preussische Staat hat — und das ist ihm als ein sehr großes Verdienst anzurechnen — ganz gleich, ob diese Aktien hoch oder niedrig bezahlt sind — aus dem Stinneschen Zusammenbruche die Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke erworben, derjenigen Werke, die einen großen Teil des rheinisch-westfälischen Industriebezirks mit elektrischer Kraft versorgen. Auch bei den Charlottenburger Wasserwerken dürfte sich für die Stadt ein Weg finden, daß sie ihren Einfluß bei diesem für die Wasserversorgung Groß-Berlins so unentbehrlichen Unternehmen verleiht. Die Charlottenburger Wasserwerke haben recht gut verdient. Aber sie haben gewirtschaftet nicht wie ein Unternehmen, das der Öffentlichkeit gegenüber gewisse Verpflichtungen hat, sondern wie ein Unternehmen, bei dem einzig und allein kapitalistische Interessen ausschlaggebend sind. Im Gegensatz zu den Industrieunternehmen sind die Charlottenburger Wasserwerke von der Konjunktur vollkommen unabhängig. Ihr Absatz wird durch sie nicht im geringsten beeinflusst, denn Wasser braucht man immer. Sie sind auch liquider wie Industrieunternehmen, die einen großen Teil ihrer Waren auf Kredit abgeben müssen, während die Wasserwerke von den Hausbesitzern allmonatlich den Verbrauch an Wasser bezahlt erhalten. Sie haben, obwohl sie technisch — wie ja die Wassernot gezeigt hat — nicht auf der Höhe sind, ihre Verdienste nicht dazu verwendet, um technische Verbesserungen vorzunehmen, sie haben vielmehr eine zehnprozentige Dividende zur Verteilung gebracht. Mit diesen Summen wäre sehr viel für die technische Verbesserung der Werke zu erreichen gewesen. Die Charlottenburger Wasserwerke haben aber damit erst gewartet, bis ihnen die Rot in den Fingern brannte, d. h. bis die Öffentlichkeit, infolge der Wassernot, auf die technischen Unzulänglichkeiten der Wasserwerke aufmerksam wurde. So etwas darf sich eben bei einem Unternehmen, von dessen Funktionieren die Gesundheit vieler Volksteile abhängig ist, nicht ereignen. Wasser darf kein Gegenstand der privaten Spekulation sein. Die Wasserversorgung gehört ebenso in die Hand der Gemeinde, wie die anderen Dinge, die im Interesse der Öffentlichkeit liegen, wie Elektrizität, Gas, Schule usw. Wenn es möglich ist, die Aktienmajorität durch Ankauf zu erwerben, müssen sich Wege finden lassen, eine derartige Transaktion zu finanzieren. Es gibt aber auch noch andere Mittel, um den kapitalistischen Einschlag bei dieser Gesellschaft herabzudrücken. Von der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist ein entsprechender Antrag gestellt, der jetzt im Ausschuss beraten wird.

Die Wetterlage.

Ohne wesentliche Änderung zu zeigen, liegt das Hochdruckgebiet wie schon die letzten Tage über in der Gegend der mittleren Ostsee. In ganz Deutschland, Österreich und Ungarn sowie Schweden herrschen bei sommerlicher heiterer Bitterung ziemlich hohe Wärmegrade. So hatten wir an den letzten drei Tagen eine Höchsttemperatur von 31 Grad in Mitteldeutschland, während nachts die Temperatur nur unwesentlich 20 Grad unterschritten hat. In England und Frankreich ist es in den letzten 24 Stunden zu stärkeren gewitterartigen Regenfällen gekommen. Die Stationen melden stellenweise 10—20 Millimeter Niederschlag. Einzelne geringe Gewitterausläufe haben auch nach der Rheinprovinz übergreifend und besonders in der Gegend von Aachen einzelne elektrische Entladungen mit unbedeutendem Niederschlag hervorgerufen. Bei uns jedoch ist mit einer Änderung in den nächsten Tagen nicht zu rechnen. Allerdings werden die Temperaturen nicht wesentlich höher steigen. Eingeleitet wird eine Änderung unserer herrschenden Bitterung erst dann werden, wenn bei stärker fallendem Luftdruck die Gewitterneigung zunehmen wird. Zurzeit können — wie man täglich mittags sehen kann — aufsteigende Luftströme nur ganz geringe Haufenwolken erzeugen, die aber bald sehr zerfasertes Aussehen zeigen. — Aus dem Reich liegen weitere einzelne Wettermeldungen vor:

München, 22. Juli. Der gestrige Dienstag war bisher für München der heißeste Tag des Jahres. Die Bundeswetterwarte registrierte um 2 Uhr nachmittags im Schatten 28,6 Grad. In der Pfalz und in Unterfranken wurden bereits Montag Temperaturen gemessen, die denjenigen von Norddeutschland ziemlich nahekommen. So wurden Montag in Bad Rissingen und in Bayersweyer Temperaturen von ungefähr 32 Grad im Schatten gemessen. Die absolut höchste Temperatur in München wurde bisher im Sommer 1921 mit 35 Grad Celsius festgestellt, während in derselben Zeit anderswo Temperaturen bis 38 Grad auftraten. Auch in den Bergen hat eine merkliche Erwärmung stattgefunden. Auf der Zugspitze wurde z. B. am Montag eine Temperatur von 10 Grad gemessen, gegen nur 3 Grad mehr im Juli 1921. Die Wassertemperaturen liegen größtenteils, auch sehr hoch, zwischen 22 und 26 Grad, für die bayerischen Hochgebirgswässer eine außergewöhnliche Höhe.

Schwelm, 21. Juli. Heute nachmittag entlud sich über Schwelm ein schweres Gewitter mit Wirbelsturm, dem eine ganze Reihe alter Bäume, Dächer und ein Teil der Fernsprechanlagen der Lichtleitungen des Landtreises zum Opfer fielen. Ein Mann wurde vom Blitz getroffen und schwer verletzt. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.

Die deutsche Gartenbauerschaft dankt für ihre Mitglieder eine Befähigung von Gartenbauarbeiten in Briß und Marienfelde am Sonnabend, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr. Treffpunkt Briß, Mariendorfer Allee Ecke Chausseestraße. An dieser Befähigung kann jedermann teilnehmen.

Lohnsteuer-Tabellen für wöchentliche Lohn- bzw. Gehaltszahlungen nach dem seit dem 1. Juni 1925 geltenden Steuerfrei Beträgen sind wieder von dem bekannten Fachmann für Steuerfragen R. Seidensticker neu aufgestellt worden und im Verlag C. Weiser, Berlin N 54, Brunnenstr. 181, erschienen.

Schweres Automobilunglück.

Frankfurt, 22. Juli. (W.B.) Ein schweres Automobilunglück hat sich gestern morgen an der bayrisch-tiroler Grenze ereignet. Ein Automobil der Landesregierung, in dem sich Ministerialrat Dr. Friedrich Göttschel vom Handelsministerium befand, ist mit dem Presseauto der Reichsregierung, das nach der unrichtigen Seite ausgegangen war, zusammengestoßen. Der Chauffeur Schärner war sofort tot. Ministerialrat Göttschel wurde sterbend nach Raffersloh gebracht, wo er seinen Verletzungen erliegen ist.

Die Malaria in Rußland. Seit Beginn der warmen Bitterung hat sich die Malaria in vielen Gebieten des europäischen Rußland in erschreckender Weise ausgebreitet. Besonders groß ist die Gefahr im Gouvernment Kiew, es sind dort bereits 70 000 Erkrankungen festgestellt worden. Auch in den transkaukasischen Ländern, vor allem in Abchasien, herrscht die Malaria. In letzter Zeit sind zahlreiche Sanitätsstationen eingerichtet worden, welche die Bevölkerung mit Chinin und anderen Medikamenten versorgen. — Aus Westsibirien wird gemeldet, daß dort die sibirische Pest aufgetreten ist und sich besonders im Bezirk Tobolsk schnell ausbreitet.

Krieg im Frieden. Nach Meldungen aus Buenos Aires ist an Bord des Kreuzers „General San Martin“ während Schießübungen ein 205-Millimeter Geschütz explodiert. Drei Mann der Besatzung wurden getötet und 19 verletzt.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

115. Wkt. Schöneberg. Gen. Fritz Grünow. Suizid, ist am 20. Juli gestorben. Einlieferung am 22. Juli, nachm. 5 1/2 Uhr, Baumhaldenweg. Reg. Beilegung erbeten.

Gewerkschaftsbewegung

Die KPD. und die Gewerkschaften.

Die Ursachen eines Bankrotts.

Der jüngste Kongress der KPD. hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, sehr lang über die „Gewerkschaftsfrage“ unterhalten. Wenn man in der KPD. über die Gewerkschaftsfrage redet, so darf man nicht erwarten, daß untersucht wird, welche Aufgaben die Gewerkschaften gegenwärtig zu lösen haben, inwiefern durch die Stabilisierungstriebe sich bestimmte Notwendigkeiten ergeben usw. Die „Gewerkschaftsfrage“ der KPD. besteht einzig in der Frage: „Wie können wir uns der Gewerkschaften bemächtigen und diese zu einem Instrument der KPD. machen?“

Moskau hat dies auf verschiedene Weise versucht. Es hat zunächst versucht, die Betriebsräte an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen, diese auszuhalten und die Betriebsräte zu einem Instrument des Bolschewismus zu machen. Als dieser Versuch mißlang, ganz einfach weil die Betriebsräte die Gewerkschaften gar nicht ersetzen können, ging man an die „Eroberung“ der Gewerkschaften. Diese Eroberung versuchte die KPD. durch systematische Verunglimpfung aller gewählten Gewerkschaftsangehörigen, durch gewaltsame Störung der Versammlungen und durch Sabotierung der Beschlüsse und Statuten der Gewerkschaften. Als auch hier der Erfolg ausblieb, ging die KPD. zur Spaltung der Organisationen über. Es wurden eigene Organisationen gegründet, die den Gewerkschaften die Mitglieder abjagen und sie der KPD. zuführen sollten. Als auch hier der Bankrott offenbar wurde, versuchte man es mit einer Spaltung der geteilten Gewerkschaften. Die KPD. baute sich auf Betriebszellen um und gab gleichzeitig die Parole aus: Zurück in die Gewerkschaften!

Und das Ergebnis? Der Referent zur Gewerkschaftsfrage, der Wahlleiter der KPD., Thälmann, hat es ausgesprochen: „Heute können wir mit großer Freude auf dem 10. Parteitag aussprechen, daß keine prinzipiellen Differenzen in dieser Frage mehr bestehen, daß aber die praktischen Erfolge fehlen, die die Partei stärken würden von der Parteizelle unten im Betrieb bis zum Kopf der Parteizentrale.“

Also wieder Bankrott! Warum aber fehlen die „praktischen Erfolge“? Wir scheuen uns nicht, der KPD. den Dienst zu erweisen, ihr das Geheimnis des Erfolges unserer Genossen und der Niederlage der KPD. zu verraten.

Wenn heute unsere Genossen in den Gewerkschaften sowohl in den Zentralen wie in den lokalen Körperlichkeiten eine kaum noch ernsthaft umstrittene Vormachtstellung haben, so liegt das zunächst daran, daß die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften nicht als Vertreter der Partei, sondern einfach als Gewerkschaftler handeln. Die SPD. gibt keine Gewerkschaftspropaganda aus, sondern überläßt dies den allein dafür zuständigen Gewerkschaften. Die SPD. stellt ihre Mitglieder nicht vor die Gewerkschaftsfrage, zwischen einem Bescheid von Moskau und der Einhaltung der Verbandsbestimmungen zu wählen. Die SPD. schreibt den Gewerkschaften nicht die Taktik vor. Die SPD. durchkreuzt nicht, sondern unterstützt die Kämpfe der Gewerkschaften. Mit einem Wort, die SPD. anerkennt und unterstützt die Gewerkschaften als die gegebene wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft und überläßt es ihnen, die notwendigen Maßnahmen für ihren Aufgabenkreis selbst zu bestimmen. Gerade deshalb vermeidet sie stets, die Gewerkschaften zu Aktionen veranlassen zu wollen, die nicht zum Aufgabenkreis der Gewerkschaften gehören, und deshalb von diesen nicht erfolgreich durchgeführt werden können.

Die KPD. tut, tut und wird immer das gerade Gegenteil tun. Für sie sind die Gewerkschaften genau wie die Betriebsräte, wie jede Institution der Arbeiter nicht dazu da, um im Interesse der Arbeiterschaft die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Für die KPD. sind Gewerkschaften, Konium- und Arbeiterportvereine, Betriebsräte usw. nur Instrumente zur Ausführung der moskowitzischen Machtpolitik. Deshalb beschließt man z. B. die kommunistischen Organisationen wieder aufzulösen, läßt aber die der Bergarbeiter und der Bauarbeiter bestehen, weil man hofft, daß sie stark genug sind, um den freien Gewerkschaften (nicht den Unternehmern!) Schwierigkeiten zu bereiten. Die KPD. wird in aller Zukunft Bankrott bleiben, weil sie weder selbst eine selbständige Arbeiterpolitik treiben darf, noch den Gewerkschaften dies gestatten kann. Die KPD. ist eine Partei von politischen Eunuchen Moskaus und ist deshalb zur Unfruchtbarkeit verdammt.

Aus dem Reiche des Herrn Gessler.

Wie die nachgeordneten Stellen mit Verträgen umspringen.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Wir waren schon wiederholt gezwungen, uns mit vorhandenen Mitteln im Bereiche des Reichswehrministeriums zu befassen. Leider ist unsere Kritik nicht immer von dem gewünschten Erfolg gewesen. Was sich aber die Herrschaften im Bereiche des Reichswehrministeriums in der letzten Zeit bei Durchführung des neuen Reichsmanteltarifvertrages für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen leisten, geht schon beinahe auf seine Kuhhaut mehr. Eine vom Wehrkreisverwaltungsamt II in Stettin herausgegebene Verfügung vom 29. April 1925 ist charakteristisch für das Verhalten der unteren Verwaltungsorgane in diesem Ministerium. Es heißt dort:

„Nach dem neuen Lohngruppenverzeichnis zum Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen — Reichs-Befoldungsblatt 1925 Nr. 1154 S. 101 — sind die Magazinarbeiter, die mit der pflichtigen Behandlung der Lagervorräte beschäftigt werden, in Lohngruppe II einzustufen. Hiernach haben die für die Eingruppierung der Magazinarbeiter in die bisherige Lohngruppe VI — jetzige Lohngruppe II — gestellten Bedingungen eine erhebliche Milderung zugunsten der Arbeiter erfahren... Gegen die Entlohnung aus Gruppe II ist daher im allgemeinen nichts einzuwenden, nur muß auch weiter darauf bestanden werden, daß neu zur Einstellung kommende Arbeiter, die im Magazinendienst bisher nicht beschäftigt worden sind, die ersten zwei Jahre aus Gruppe I entlohnt werden. Lohngruppe III kommt für die Arbeiter nur dann in Frage, wenn sie handwerksmäßig beschäftigt werden und die Dauer dieser Arbeit die halbe regelmäßige

Tagesarbeitszeit übersteigt... Die bei den Heeresverpflegungsämtern beschäftigten Arbeiterinnen sind sämtlich aus der jetzigen Lohngruppe I — bisherige Lohngruppe III — zu entlohnen.“

In dieser Verfügung sind zunächst grobe Verstöße gegen den Tarifvertrag enthalten, als es dort ausdrücklich heißt: „Doch Magazin- und Lagerarbeiter, die mit der pflichtigen Behandlung der Lagervorräte beschäftigt sind, soweit sie sich nicht in Lohngruppe II befinden, nach Lohngruppe II einzustufen sind.“ Damit ist also ausdrücklich betont, daß unter gewissen Voraussetzungen diese Arbeiter auch nach Lohngruppe III eingestuft werden können, ja sogar müssen. Darüber setzt sich das Wehrkreisamt II, Stettin, einfach hinweg, erlaubt sich dann aber ein Werturteil über die Einstufung abzugeben, als ob es darüber zu befinden habe.

Noch toller aber ist, was sich die Herrschaften in den weiteren Ausführungen ihrer Verfügung leisten. Dort wird einfach ganz schamlos erklärt, daß neu zur Einstellung kommende Arbeiter, die im Magazinendienst beschäftigt werden, die ersten 2 Jahre nach

Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften Berlins haben zum Protest und Kampf gegen die Lebensmittel- und Industriezölle aufgerufen.

Einig und geschlossen soll am kommenden Freitag das werktätige Berlin aufmarschieren. Die Reaktion muß erkennen, daß die Zeit vorbei ist, wo sie aus der Zerschmetterung und Aneignung des arbeitenden Volkes Nutzen und Profit herauszuschlagen konnte. Daß die Protestkundgebung bei der Arbeiterschaft wie auch ihren Gegnern einen würdigen und nachhaltigen Eindruck erweckt, dafür Sorge zu tragen ist die Pflicht eines jeden Teilnehmers und Klassen-genossen.

Der geringste Störungsversuch schwächt die Kundgebung und liefert Wasser auf die Mühlen unserer politischen Gegner. Das muß und wird verhindert werden.

Wenn die kommunistische Partei, nachdem sie als Partei der „Aktionen“ die Stunde verpaßt hat, die Arbeiter rechtzeitig aufzurufen, jetzt ihre Anhänger zur Teilnahme an unserer Kundgebung aufruft, so wendet sich unsere nachstehende Warnung nicht gegen die kommunistischen Arbeiter, sondern gegen die derzeitige unverantwortliche Leitung der KPD.

Wir warnen die kommunistischen Klassen-genossen, sich von ihrer unverantwortlichen Leitung, wie leider schon so oft, mißbrauchen zu lassen.

Auf Grund der Vorgänge bei unseren letzten Versammlungen haben wir alle Vorkehrungen getroffen, auch den kleinsten Störungsversuch im Luftgarten unmöglich zu machen. Kommt es der kommunistischen Leitung darauf an, der Reaktion die geschlossene Macht des Proletariats zu zeigen, dann soll sie ablassen von ihren arbeiterfeindlichen Methoden. Wenn sie aber die irreführenden kommunistischen Arbeiter aus partei egoistischen Gründen mißbrauchen will, so erklären wir heute schon, daß die kommunistische Leitung alle Folgen ihres Vorgehens zu verantworten hat.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins! Zeigt durch geschlossenem, disziplinierten Aufmarsch den einheitslosen Kampfeswillen gegen die Brotwucherer!

Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bezirksvorstand Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gruppe I zu entlohnen sind. Nirgends ist im Tarifvertrag von einer solchen Bestimmung die Rede. Genau so verhält es sich mit der Anordnung, daß sämtliche bei den Heeresverpflegungsämtern beschäftigten Arbeiterinnen nach Lohngruppe I zu entlohnen sind; denn auch hier ist im Tarifvertrag ausdrücklich betont, daß Frauen, die in Speichern und Lagern beschäftigt werden, Maschinenarbeiterinnen, Reichsmantelarbeiterinnen usw. in Lohngruppe II einzugruppieren sind.

Wir machen in der Regel nur ausnahmsweise von einer öffentlichen Kritik Gebrauch. Hier aber ist es einmal notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß wir diese fortgesetzten Seitenstünge, die man sich im Bereiche des Reichswehrministeriums erlaubt, endlich satt haben. Vom Reichswehrminister und nicht zuletzt auch vom Reichsfinanzminister, der das federführende Ministerium in dem Tarifvertrag inne hat, erwarten wir, daß dafür Sorge getragen wird, daß für die Zukunft derartige tarifwidrige Handlungsweisen unterbleiben.

Zurück zur Gefindeordnung!

Diesem sehnsuchtsvollen Wunsch vieler landwirtschaftlicher Arbeitgeber gab der deutchnationale württembergische Landtagsabgeordnete Horning in der Sitzung des württembergischen Landtags vom 7. Juli mit folgenden Worten Ausdruck:

„Es ist deshalb auch notwendig, daß wir wieder wie vor dem Kriege eine Gefindeordnung bekommen, daß nicht den Landwirten ihre Dienstboten, wenn der Winter herum ist, vor der Heuernte weglassen. Ein Kollege von mir hat gesagt, in seinem kleinen Dertlein seien fünf Anzucht einfach vor der Heuernte weggelaufen und zum Bauhandwerk übergegangen. (Abg. Roth: So ist der Industrie auch gegangen!) Herr Kollege Roth, bei der Industrie wirkt das nicht so verheerend, wenn da etwa 10 weggegangen sind, spielt das bei einigen hundert Arbeitern diese Rolle nicht, wie wenn einem Kleinbauern ein Anzucht wegläuft. Das ist ein ganz anderer Fall. Deshalb ist es notwendig, daß da wieder ein Riegel vorgeschoben wird. Diejenigen, die vor dem Krieg Gefolge gemacht haben, haben auch gewiß gewußt, warum. (Und ob!) Aber nach der Revolution sind derartige Einrichtungen aufgehoben worden, vielleicht deshalb, weil man gemeint hat, die Leute werden Engel.“

Nicht deshalb, sondern weil in einer demokratischen Republik eine Gefindeordnung nicht möglich ist. Wiedereinführung der Gefindeordnung und zwanzenmäßige Unterbindung jeder Abwanderungsbefähigung, das sind die Mittel, mit denen die landwirtschaftlichen Unternehmer die Landarbeiter an das Land zu halten gedenken.

Herr Körner berichtigt.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, schreibt uns noch eine Berichtigung, in der er Dinge berichtigt, die niemand bestritten hat, und Tatsachen feststellt, die jedem bekannt sind. Er erklärt also, daß die Fillinggewerkschaft an dem Vertrag nicht beteiligt war und daß der Zweck des Streiks gewesen sei, für die Mitglieder der Fillinggewerkschaft andere Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, als sie mit den maßgebenden Gewerkschaften für die gesamte Filindustrie vertraglich festgelegt sind.

In seiner Zuschrift, die wir in unserer Morgenausgabe vom 15. Juli veröffentlichten, erklärte Herr Körner jedoch, daß der Zweck des Streiks „nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Belegschaft, sondern die Störung des durch den Tarifabschluß gesicherten Arbeitsfriedens“ gewesen sei. Wir haben uns vor allem gegen diese Behauptung und gegen die für den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses ganz unzulässige Drohung mit der Polizei gewandt. Da Herr Körner diese Drohung in seiner ersten Zuschrift ausdrücklich zugegeben hat, verstehen wir den Zweck seiner Berichtigung nicht.

Landarbeiterstreik in Schlefien.

Striegau, 21. Juli. (M.Z.) Auf einigen Gütern des hiesigen Kreises ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Rotstandsarbeiten werden ausgeführt. Einige Arbeitswillige wurden an der Arbeit behindert. Verhandlungen zur Beilegung der Streiks sind eingeleitet.

Ausdehnung der belgischen Streikbewegung.

Brüssel, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Dem Zustand der Metallarbeiter haben sich jetzt die Schriftsetzer angeschlossen, weil ihre Lohnforderungen von den Unternehmern abgelehnt wurden. Der Streik ist jedoch nicht allgemein, sondern nur distriktweise geplant. Er soll nur dann allgemein werden, wenn mit dem bezirksweisen Zustand das Ziel nicht erreicht wird. In Antwerpen erschien am Montag nur das sozialistische Organ.

Verschärfung im englischen Vergabankonflikt.

London, 22. Juli. (M.Z.) In der Kohlentriebe ist trotz der optimistischen Auffassung, die gestern Abend verbreitet war, heute eine Wendung zum Schlechteren eingetreten. Die Bergwerksbesitzer haben in ihren Betrieben Mittelungen anbringen lassen, worin die Arbeitsbedingungen für die Zeit nach dem 1. August bekannt gegeben werden. Sie entsprechen den ursprünglichen Vorschlägen der Arbeitgeber; die Arbeiterschaft sieht darin einen Versuch zur Sprengung der Einheitsfront der Arbeiter.

Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik in Hannover haben zu einem Vergleich geführt, der das alte Lohnabkommen vom 16. April 1925 wieder in Kraft setzt, mit der Maßgabe, daß die Löhne der Arbeitnehmer über 24 Jahre vom 1. Juli ab um 3 Pfennige pro Stunde erhöht werden. Diese Erhöhung gilt auch für Akkordarbeiter. Leistungs- und Qualitätszulagen werden um je 1 Pfennig erhöht. Die Arbeit wird sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen und zwar mit den alten Rechten und Pflichten.

Arbeiter Sport.

Fußball.

Berlin schlägt Fürth.

Am Montag standen sich auf dem Sportplatz in der Kynaststraße die Stadtmannschaft Berlin und der Fürther Ballspielklub gegenüber. In folgender Aufstellung stellten sie sich den Schiedsrichtern:

Fürth.		Berlin.	
	Stumpf.		Abami.
	Schramm I.		Andner.
Geiger.	Schramm II.	Schramm II.	Möhner.
Benzlorn.	Bergmann.	Ripf.	Buchhaue.
	Rußendörfer.	Boll.	Kludorf.
	R. Pöble.	Gallaß.	Seelinger.
		Reiß.	Reiß.
		Burgel.	

Berlin hat Anstoß, der aber von der Käuferreihe Fürths abgefangen wird. Ein Freistoß für Fürth kommt bis in die Nähe der Berliner Tors. Fürth spielt sich gut durch, jedoch wird durch Abwehr unterbunden. Halblinks von Fürth gibt einen sehr scharfen Schuß hoch aufs Tor der Berliner; der Torwart hat Mühe, den Ball zu halten. Die erste Ecke für Berlin wird vom Torwart in blendender Weise abgewehrt.

Die letzten 10 Minuten vor der Pause hat Fürth das Heft in der Hand, können aber auch nichts erreichen. Nach der Pause hat Fürth Anstoß; sie sitzen gleich wieder vor dem Tor der Berliner. Berlin bedrängt sich nur auf einzelne Durchbrüche. In der 18. Minute schießt der Mittelstürmer scharf aufs Tor. Das erste Tor ist errungen. Fürth protestiert gegen die Entscheidung des Schiedsrichters, da der Ball nicht hinter der Linie gewesen sei. Durch die Käufer und Bertelbiger vorbei schießt Fürth über den vor ihm liegenden Torwart scharf ein. Der Ausgleichsschuss ist errungen. Der Kampf geht weiter, bald ist Fürth vor, bald Berlin. Ein gut eingetragener Schuß wird in der 41. Minute zum zweiten Tor verwandelt. Jetzt läßt Fürth etwas nach. Nur der Mittelstürmer greift unentnützig an. Der Rechtsaußen Berlins nimmt einen ihm zugegebenen Ball und schießt von der Außenlinie aufs Tor. Der Torwart läßt ihn vorbeistehen und der Sieg für Berlin ist festgestellt.

Die Fürther enttäuschten etwas. Man hätte sich mehr von ihnen verprochen. Der Finksaufen versagte vollkommen. Gut dagegen war Mittelstürmer und die Verteidigung. Hauptsächlich der rechte Verteidiger fiel durch sein ruhiges und entschlossenes Spiel auf.

Bei Berlin war der rechte Läufer der beste Mann auch im ganzen Felde. Der Rechtsaußen wurde erst in den letzten 20 Minuten besser. Der Torwart hielt alles, was zu halten war.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schifano; Soziale und Kontinenz: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Köder; Illustration: Berlin; Berlin: Formars-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formars-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Techniker u. Schriftsetzer
M. d. A. S. Chormeister: Alex. Weinbaum
Sonntag, den 25. Juli 1925
abends 8 Uhr
Sommer-Konzert
im Spruce-Garten Treptow
Alt-Treptow 9-13
Anfang 6 Uhr. Karten 1st ab 4 Uhr geöffnet.
Eintrittspreis 50 Pfennig.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Fritz Reimann
Kaufmann, Kaiserstraße 53
die billige Bezugsquelle für
Lack- und Lackwaren
Lack- und Lackwaren
2. Geschäft: Anzengraber-Strasse 27

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. a. l. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahnz. mit Beißb. 1 G.-M. b. Bestellg.
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.
1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

Narvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
hof Vorzeiger 10⁰ Rabatt.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Handbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fonnrufnummer: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Platanen 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen · Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Erfinder - Vorwärts
herausgeb. gute Verdienstmöglichkeit!
Aufführung und Uebernahme geüb. Prof. Arbeit
„Ein neuer Welt“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin.
Königsplatz Straße 71.

Youpla
gibt mir meine
ursprüngliche
Haarfarbe
wieder.
Überall erhältlich.
Preis M. 4.-
Kopp & Joseph
Berlin W.

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und
billig!

Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 2 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Metallbetten für Groß u. Klein, mit oder
ohne Feder, Bettmatten, an Tre-
pote, Baumstr. Gehlberg, Post 30 a Tre-
pote Eisenbahnfabrik Suhl (Thür.)